



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 21.11.2014

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 11.09.2014, 15:30 Uhr bis 18:21 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Margret Dresler-Graf	CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausing	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Julia Woller	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Dr. Roland Quinten	

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Jugendrotkreuz
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Herr Horst Ladenberger	GRÜNE
Herr Marcel Hagedorn	auf Vorschlag der SPD
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Aufzeichnung der Verhandlungen des Ausschusses für Soziales und Senioren auf Tonband

Bestellung eines Schriftführers im Ausschuss Soziales und Senioren

Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Preisbindung von Seniorenwohnungen und ihre Kontrolle Anfrage der TSD vom 06.06.2014 zur Sitzung gem. § 4 der Geschäftsordnung 2113/2014

- 3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 7 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.05.2014
2374/2014
- 3.3 Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 7 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.05.2014
2380/2014
- 3.4 Beantwortung der Anfrage DER LINKEN vom 16.05.2014 (AN/0720/2014) zu TOP 10.2.1. aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.05.2014
2370/2014
- 3.5 Beantwortung der Anfrage des Vorsitzenden Herrn Paetzold aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 22.05.2014 zu TOP 10.2.1 "Verletzung des Sozialgeheimnisses durch das Jobcenter" (AN/0720/2014)
2284/2014
- 4 Mitteilungen**
- 4.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2013
2319/2014
- 4.2 Arbeitslosenberatung in Köln - Jahresbericht 2013
2033/2014
- 4.3 Stellungnahmen der Mitglieder des Expertenbeirats Inklusion Köln zum Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen und zur Umsetzung des Inklusionsplans der Stadt Köln für Kölner Schulen - Ergänzung zur Mitteilung
1034/2014
2353/2014
- 4.4 Bericht über die Arbeit der Interkulturellen Zentren in Köln 2013
2515/2014
- 4.5 Kölner Ehrenamtspreis für das Projekt "Integrationslotsinnen und -lotsen"
2517/2014
- 4.6 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2013/2014
2424/2014
- 4.7 Bildung und Teilhabe
2490/2014

5 Wohnen

5.1 Unterbringung der Bewohner des Punkerprojektes Genovevastr. 40, Köln-Mülheim, sichergestellt
2332/2014

5.2 Zielvereinbarung zur Umsetzung eines Globalbudgets für die Wohnraumförderung
2537/2014

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters
2392/2014

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Verletzung des Sozialgeheimnisses durch das Jobcenter
AN/0720/2014

10.2 Aktuelle Anfragen

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training 2014 und Änderung von Verwendungszwecken bereits vergebener Mittel
2344/2014

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
3443/2013

13.2 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
2176/2014

- 13.3 Flüchtlinge im Stadtteil - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen
1970/2014
- 13.4 Benennung einer Vertreterin/eines Vertreters und deren Stellvertretung für
den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "aKDn- sozial"
des KDN- Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister
2189/2014
- 13.5 Verstetigung der Erfolge des Integrierten Handlungsprogramms MÜLHEIM
2020
2242/2014
- 13.6 Überplanmäßige investive Auszahlung in Teilfinanzplan 0501, Leistungen
nach dem SGB XII
2135/2014
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 15 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**
- 15.1 „Flüchtlingsunterbringung in Köln - Frau Beigeordnete Reker informiert über
den aktuellen Sachstand“
- 15.2 Neues Hotel zur Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtbezirk 1 - Innenstadt
2390/2014
- 15.3 Neues Hotel zur Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtbezirk Kalk
2516/2014

I. Öffentlicher Teil

Aufzeichnung der Verhandlungen des Ausschusses für Soziales und Senioren auf Tonband

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Verhandlungen der Sitzungen auf Tonband aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Bestellung eines Schriftführers im Ausschuss Soziales und Senioren

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren bestellt Herrn Dr. Robert Becker zum Schriftführer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

Der Vorsitzende Herr Paetzold verpflichtet folgende sachkundige Bürgerin und sachkundige Bürger gemäß § 5 der Hauptsatzung:

Herr Dr. Walter Schulz (auf Vorschlag der SPD)

Frau Cornelia Schmerbach (auf Vorschlag der SPD)

Der Vorsitzende Herr Paetzold verpflichtet folgende sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 5 der Hauptsatzung:

Herr Günter Jachtner (auf Vorschlag der CDU)

Frau Jutta Eggeling (auf Vorschlag der Grünen)

Frau Elke Lechner (auf Vorschlag der FDP)

Herr Michael Scheffer (auf Vorschlag der Linken)

Herr Markus Wiener (auf Vorschlag von pro Köln)

Herr Roland Dr. Quinten (auf Vorschlag der AfD)

Frau Helga Blümel (auf Vorschlag des Diakonischen Werks des ev. Kirchenverbandes)

Herr Stefan Kersjes (auf Vorschlag der Arbeiterwohlfahrt)

Herr Peter Krücker (auf Vorschlag des Caritasverbandes für die Stadt Köln)

Frau Monika Dierksmeier (auf Vorschlag des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands)

Herr Marc Ruda (auf Vorschlag des Deutschen Roten Kreuzes)

Frau Felicitas Vorpahl – Allweins (Seniorenvertretung)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

**3.1 Preisbindung von Seniorenwohnungen und ihre Kontrolle
Anfrage der TSD vom 06.06.2014 zur Sitzung gem. § 4 der Geschäftsordnung
2113/2014**

Frau Heuser fragt, ob die Wohnungen allen Menschen (mit und ohne Behinderung) zur Verfügung stehen würden.

Frau Reker antwortet, dass ausschließlich Menschen, die über einen Wohnungsbesitznachweis verfügen, die Wohnungen beziehen dürften.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 7 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.05.2014
2374/2014**

Frau Eggeling stellt die Nachfrage, ob nachgeliefert werden kann, wie viele Plätze bei den einzelnen Maßnahmen speziell für Disability Management (DiMa)-Kunden/innen zur Verfügung stehen und wieviele Zuweisungen erfolgten.

Herr Wagner antwortet, dass er die Zahlen entweder zum Protokoll oder zur nächsten Sitzung vorlegen werde. – Zusatz: Das Jobcenter liefert die Antwort zur kommenden Sitzung.

Herr Dr. Schulz fragt nach der Entwicklung der Aufwendungen für Disability Management und wie der Umgang mit schwerbehinderten Menschen (z.B. in einem Beirat) praktiziert werde.

Frau Heuser fragt, wie viele Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Frau Schmerbach fragt, ob bereits ein Projektantrag gestellt wurde.

Auf die Frage von Herrn Dr. Schulz antwortet Herr Wagner, dass es nicht darum ginge, ein bereits bestehendes Gremium wie den Beirat des Jobcenters zu erweitern, sondern dass lediglich ein Workshop mit DiMa-Kunden/innen durchgeführt wurde, um den persönlichen Kontakt mit schwerbehinderten Leistungsempfängern zu suchen. Ziel war und ist es, die speziellen Bedürfnisse des Personenkreises passgenau zu beschreiben und neue eingliedernde Maßnahmen zu planen. Das in der Vorlage angesprochene Teilnehnergremium kann ein möglicher Bestandteil einer entsprechenden Maßnahme werden, um von den Teilnehmenden ein unmittelbares Feedback zur Maßnahme zu erhalten.

Herr Wagner antwortet auf die Frage von Frau Schmerbach, dass der Projektantrag zum ESF – Projekt zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit noch nicht gestellt sei. Köln werde sich aber an dem Projekt beteiligen.

Alle weiteren Fragen werde er schriftlich zur nächsten Sitzung beantworten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.3 Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 7 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.05.2014
2380/2014**

Herr Dr. Schulz dankt für die Antwort der Verwaltung.

Frau Heuser fragt, ob die Schulungen für alle neu eingestellten Mitarbeiter/innen verpflichtet seien.

Herr Wagner antwortet, dass alle aufgeführten Schulungen Pflichtmaßnahmen für die neu eingestellten Mitarbeiter/innen seien.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.4 Beantwortung der Anfrage DER LINKEN vom 16.05.2014 (AN/0720/2014) zu TOP 10.2.1. aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.05.2014
2370/2014**

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

**3.5 Beantwortung der Anfrage des Vorsitzenden Herrn Paetzold aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 22.05.2014 zu TOP 10.2.1 "Verletzung des Sozialgeheimnisses durch das Jobcenter" (AN/0720/2014)
2284/2014**

Frau Hoyer fragt, wie viele Wohnungen durch das kooperative Wohnungsbauprogramm bis zum heutigen Tag entstanden sind.

Frau Reker antwortet, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

**4.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2013
2319/2014**

Frau Hoyer bittet darum, dass bei der nächsten statistischen Mitteilung über häusliche Gewalt ein Experte aus der Verwaltung eingeladen wird, der weitere Fragen beantworten kann.

Frau Wolter fragt, ob die vorliegende Statistik auch psychische Gewalt beinhaltet und ob auch Fälle von Gewalt gegen Menschen mit Behinderung aufgelistet werden. Zusätzlich fragt sie nach der Höhe der Dunkelziffer bei der Gewalt von Eltern gegen Kindern.

Frau Reker antwortet, dass hinsichtlich der Dunkelziffer natürlich keine spezifischen Aussagen gemacht werden können und dass sie der Bitte nach einem Experten der Verwaltung zur Erläuterung der Statistik anlässlich der Vorlage im kommenden Jahr gerne nachkommen wird.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Arbeitslosenberatung in Köln - Jahresbericht 2013 2033/2014

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

4.3 Stellungnahmen der Mitglieder des Expertenbeirats Inklusion Köln zum Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen und zur Umsetzung des Inklusionsplans der Stadt Köln für Kölner Schulen - Ergänzung zur Mitteilung 1034/2014 2353/2014

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

4.4 Bericht über die Arbeit der Interkulturellen Zentren in Köln 2013 2515/2014

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

4.5 Kölner Ehrenamtspreis für das Projekt "Integrationslotsinnen und - lotsen" 2517/2014

Herr Scheffler fragt, warum die finanziellen Mittel für das Projekt „Integrationslotsen/innen“ 2015 nicht mehr zur Verfügung stehen würden.

Frau Gärtner befürchtet, dass bei wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben das Ehrenamt das Hauptamt immer mehr ersetzen würde. Sie merkt an, dass bei allem ehrenamtlichen Engagement es nicht dazu führen dürfe, dass es in so wichtigen Bereichen kein hauptamtliches Personal mehr gebe.

Frau Schmerbach unterstützt die Aussage von Frau Gärtner.

Frau Reker erinnert daran, dass dieses Projekt der Haushaltskonsolidierung zum Opfer gefallen ist.

Herr Detjen fragt, ob in dem Entwurf für den neuen Haushaltsplan dieses Projekt nicht enthalten sei.

Frau Reker antwortet, dass derzeit nur angemeldet werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass der Ausschuss Soziales und Senioren große Sympathie für dieses Projekt aufweise. Er bittet die Verwaltung darum, Wege zu suchen, dieses Projekt weiter zu fördern und es in den nächsten Haushaltsansatz aufzunehmen. Er begrüßt ausdrücklich, dass dieses Projekt so viele ehrenamtliche Kräfte aufweise.

Frau Hoyer erinnert daran, dass die Entscheidung über den Haushalt eine politische Entscheidung sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2013/2014 2424/2014

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die Anzahl der Anträge im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sei.

Herr Detjen fragt, warum immer weniger Anträge gestellt werden und was zu tun sei, damit die Anzahl der Anträge wieder steigen könne.

Frau Reker antwortet, dass diese Frage für den nächsten Ausschuss schriftlich beantwortet werde.

Herr Santelmann ergänzt, dass keine Veränderung im Verfahren der Antragstellung stattgefunden habe. Warum weniger Anträge gestellt und daher auch weniger Geld ausgezahlt worden sei, müsse geprüft werden. Möglicherweise sei die Öffentlichkeit zu spät informiert worden. Die Information der Öffentlichkeit sei erst nach Verabschiedung des Haushaltes erfolgt, da es sich bei der Einschulungshilfe um eine freiwillige Leistung handele. Unmittelbar nach Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2013/2014 sei die Öffentlichkeit über die Presse und die Schulen über das Amt für Schulentwicklung informiert worden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.7 Bildung und Teilhabe 2490/2014

Herr Detjen fragt nach einer weiteren mündlichen Erläuterung zu der Entbürokratisierung im Bereich Bildung und Teilhabe.

Frau Ramos erläutert, dass innerhalb der Verwaltung zum Schuljahresbeginn 2014/2015 bestehende Verfahrensweisen im Modul ‚gemeinschaftliches Mittagessen‘ in Schulen und Kindertagesstätten umgestellt wurden. Dieser Prozess der Entbürokratisierung sei zwar positiv angelaufen, man solle die weitere Entwicklung vor einem

ersten Fazit allerdings noch abwarten. Zudem seien weitere Veränderungen in anderen Modulen innerhalb des Bildungspakets mit dem Ziel der einfacheren und besseren Inanspruchnahme umzusetzen. Die Verwaltung werde dazu weiterhin unaufgefordert berichten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass neben der Verbesserung für die Kinder auch die Dienstleister zeitnah bezahlt werden.

Frau Hoyer richtet die Frage an die Wohlfahrtsverbände, ob es noch zutreffen würde, dass Mitarbeiter/innen aus anderen Bereichen abgezogen werden müssten, um die BuT-Anträge für die Familien auszufüllen.

Frau Blümel antwortet, dass die Wohlfahrtsverbände mit dem Ablauf des BuT sehr zufrieden wären. Sie dankt Frau Ramos und dem BuT-Team für ihre geleistete Arbeit.

Frau Heuser fragt nach, ob die Eltern in finanzielle Vorleistung gehen müssen und ob zukünftig die Möglichkeit für finanzschwache Eltern bestünde, dass diese nicht mehr in finanzielle Vorleistung treten müssen.

Frau Ramos antwortet, dass nach Etablierung der neuen Verfahrensweisen entsprechende Überlegungen angestellt würden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Wohnen

5.1 Unterbringung der Bewohner des Punkerprojektes Genoveastr. 40, Köln-Mülheim, sichergestellt 2332/2014

Frau Woller bedankt sich bei den Mitarbeitern/innen des Wohnungsamtes, dass sie es geschafft haben, die Unterbringung der Bewohner sicherzustellen.

Frau Schmerbach schließt sich dem Lob an.

Herr Scheffer fragt nach, ob der Umzug vollzogen sei.

Herr Ferber bestätigt, dass der Umzug vollzogen sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.2 Zielvereinbarung zur Umsetzung eines Globalbudgets für die Wohnraumförderung 2537/2014

Herr Detjen fragt, ob 75 Millionen Euro vom Land geschenkt worden seien, da dies teilweise so in der Presse vermittelt worden sei. Er selber habe es so verstanden, wie es auch in der Mitteilung stehe, dass es sich um einen Kredit handle.

Herr Ferber antwortet, dass kein Geld vom Land zur Stadt fließen würde. Es gehe um Darlehen bzw. ein Budget, wodurch die kommunale wohnungspolitische Verantwort-

tung gestärkt werde. Ein Vorteil sei, dass die Stadt wie auch die Investoren eine Planungssicherheit über vier Jahre erreichen würden.

Zusätzlich gebe es eine größere Flexibilität der Bewilligungsbehörde Stadt Köln. Ebenso bestehe die Möglichkeit, dass unter bestimmten Voraussetzungen mehr als 75 Millionen Euro in einem Jahr abgerufen werden können.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

Herr Oster erläutert, warum unter diesem Tagesordnungspunkt entgegen den üblichen Gepflogenheiten nicht der Sachstandsbericht des Controlling zu Mülheim 2020 umgedruckt ist: Zum einen stimmen in der neuen Ratsperiode Berichtszeitraum und Sitzungsturnus des Ausschusses nicht mehr überein. Der letzte Berichtszeitraum endete am 31.07.2014. Die Daten zum aktuellen Berichtszeitraum werden zurzeit erhoben. Zum anderen hat dieser Bericht zum jetzigen Zeitpunkt auch keine Steuerungsrelevanz mehr, da die meisten Projekte im September enden.

Wenn gewünscht, könnte dieser Statusbericht aber dem Protokoll beigelegt werden.

In den nächsten Sitzungen des Sozialausschusses werden allerdings bereits die Abschlusszahlen des Controllings und der Evaluationsbericht vorgelegt.

Herr Oster informiert über zwei Veranstaltungen im Oktober: Am 29.10.2014 findet die Abschluss/Ausblick-Veranstaltung zum Handlungsfeld „Lokale Ökonomie“ statt. Am 20.10.2014 wird die Abschluss/Ausblick-Veranstaltung für das Handlungsfeld „Bildung“ in Form einer Fachtagung durchgeführt. Eine Einladung wird den Mitgliedern des Ausschusses zugestellt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt Herrn Oster für die mündliche Mitteilung.

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters 2392/2014

Frau Schmerbach fragt, ob die Bundesregierung ein Förderprogramm für Langzeitarbeitslose aufgelegt habe und welche Langzeitarbeitslosen genau gemeint seien.

Herr Wagner antwortet, dass die Bundesregierung ein ESF-Projekt auflegen werde, in dessen Fokus langzeitarbeitslose Menschen stehen werden. Das Jobcenter Köln werde sich mit einem Projekt bewerben. Allerdings sei es noch nicht abschließend konzipiert. Die Jobcenter Gelsenkirchen, Dortmund und Köln haben sich zur besseren Nutzung dieses ESF-Programms zusammengeschlossen. Aus Berlin seien bereits „Signale“ eingetroffen, dass die Jobcenter einen großen Spielraum bekommen würden, welche Gruppe von langzeitarbeitslosen Menschen sie in diesem Projekt berücksichtigen können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt nach dem Teilnehmerkreis des Programms „benefit4job“, da 60% der Teilnehmer innerhalb von sechs Wochen eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle gefunden hätten.

Herr Wagner antwortet, dass tatsächlich 60% der jungen Menschen (Teilnehmerkreis Menschen unter 25 Jahre) eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle gefunden hätten oder wieder die Schule besuchen würden. Es handele sich um ein Erfolgsmodell, welches jedoch nicht überall einzusetzen sei, da die Teilnehmer/innen zwei Kriterien mitbringen müssen:

1. Grundsätzliche Bereitschaft sich auf dieses Projekt einzulassen,
2. Die Teilnehmer/innen müssen rauschgiftmittel-frei sein und keine psychischen Probleme aufweisen, die einer schnellen Integration entgegenstehen.

Herr Detjen fragt nach dem Sachstand der befristeten Arbeitsstellen im Jobcenter und ob tatsächlich die Kosten der Unterkunft (KdU) 2014 exakt so hoch seien wie 2013.

Herr Wagner antwortet, dass sich das Jobcenter weiter um die Entfristung von Arbeitsverhältnissen bemüht. Die befristeten Arbeitsstellen seien von 30% (im Jahr 2008) auf 17% (stand heute) gesunken. Ziel des Jobcenters sei, eine Befristungsquote von unter 10% zu erreichen.

Das Jobcenter Köln habe mit der Stadt Köln für die KdU eine Zielvereinbarung abgeschlossen. Ziel dieser Vereinbarung sei es, dass die Kosten für 2014 die von 2013 nicht übersteigen sollen. Wahrscheinlich werde man dieses Ziel jedoch verfehlen.

Frau Hoyer befürchtet, dass die erhöhten Kosten der KdU von der Stadt Köln getragen werden müssen.

Herr Wagner gibt diesbezüglich an, dass das Jobcenter sich aufgrund der sich abzeichnenden Zielverfehlung bereits im engen Austausch mit dem Sozialamt und der Kämmerei der Stadt Köln stehe.

Herr Dr. Schulz begrüßt die Erwähnung der Aufstocker im Zusammenhang mit den KdU. Die Entwicklung - auch bei den Geringverdienern - muss im Blick gehalten werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Verletzung des Sozialgeheimnisses durch das Jobcenter AN/0720/2014

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

10.2 Aktuelle Anfragen

Frau Schmerbach erinnert an den Antrag, zum Thema Kantinenbetrieb in städtischen Einrichtungen oder stadtnahen Gesellschaften der am 14.11.2013 von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD gestellt wurde. Der Prüfbericht sollte bereits im Frühjahr 2014 vorliegen.

Sie bittet um schriftliche Beantwortung.

Sie stellt fest, dass das Parkcafé im Rheinpark umgebaut werden solle. Sie fragt wie der Betrieb geführt werden solle und wie die Bewerbersituation aussehe.

Zu der Aufnahmestelle für Flüchtlinge in der Vorgebirgsstr. fragt sie, ob es möglich wäre, den Kindern einen Bauwagen zur Verfügung zu stellen, um zusätzliche Spiel- und Beschäftigungsangebote für die Kinder vorhalten zu können.

Frau Reker sichert ein Ergebnis zu.

Frau Steinraths antwortet, dass bis zum 20.10.2014 Angebote für den Betrieb des Rheinpark Cafés abgegeben werden können. Die Sanierung des Rheinpark Cafés werde im Rahmen des Win-Win Programms durchgeführt.

Frau Schmerbach fragt, ob die Vergabe zum Win-Win Programm im Rheinpark schon abgeschlossen sei.

Frau Steinraths erinnert daran, dass es sich um eine fortlaufende Maßnahme handele.

Herr Ruda teilt mit, dass ein Bauwagen in der Aufnahmestelle für Flüchtlinge in der Vorgebirgsstr. aufgestellt werde.

Herr Detjen fragt, ob in Köln-Chorweiler einigen Häusern die Zwangsbewirtschaftung bevorstehen würde und wie der aktuelle Sachstand sei.

Frau Reker antwortet, dass die Verwaltung bei einem neuen Sachstand unaufgefordert zu diesem Thema berichten würde.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training 2014 und Änderung von Verwendungszwecken bereits vergebener Mittel 2344/2014

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Für Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Trainings im Jahr 2014 werden in einem zweiten Schritt die im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, restlichen veranschlagten Mittel in Höhe von 7.097 € gemäß Anlage 1 vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

**13.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
3443/2013**

zurückgezogen

**13.2 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und
Transgender
2176/2014**

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) mit folgenden Organisationen und Selbsthilfegruppen zu besetzen:

1. Kölner Lesben- und Schwulentag e.V. (KLuST)
2. Rheinfestisch e.V.
3. TX Köln e.V. – Selbsthilfegruppe für transidente Menschen
4. Jugendzentrum Anyway
5. Rubicon Beratungszentrum
6. Lesben- und Schwulenverband, Ortsverband Köln e.V. (LSVD)
7. Aidshilfe Köln e.V.
8. SC Janus e.V.
9. Völklinger Kreis e.V. Regionalgruppe Köln

Die genannten Organisationen entsenden die Vertreterinnen/Vertreter gemäß § 2 Abs. 1, Nr. 1 der Geschäftsordnung der StadtAG LST. Sie sind stimmberechtigt gem. § 2 Abs. 3 der Geschäftsordnung der StadtAG LST.

Jede Organisation bestimmt ihre Stellvertreterin bzw. ihren Stellvertreter selbst. Da es für die Abbildung der Vielfalt der „Community“ in der StadtAG LST von Vorteil ist, schlägt die Verwaltung vor, eine der bisher nicht für einen Sitz berücksichtigten Bewerberorganisationen:

- Heart of Cologne e.V.
- SchwIPs e.V. (Schwule Initiative für Pflege und Soziales)
- Schützenbruderschaft St. Sebastianus und Afra

als Stellvertreterin bzw. ihren Stellvertreter zu benennen.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus vor, dass die Geschäftsführung ständige Gäste zu den Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender einladen kann, denen ein Rederecht eingeräumt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

13.3 Flüchtlinge im Stadtteil - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen 1970/2014

Herr Detjen fragt, ob sich die geschaffene Projektstelle hauptsächlich in Stadtteilen oder eher in möglichen Konfliktbereichen engagiere.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf Seite drei der Beschlussvorlage hin, dort steht, dass das „Modell zunächst für drei Wohnheime – möglichst nah beieinander – umgesetzt werden“ soll.

Frau Heuser fragt, warum dies ein Projekt der Caritas sei.

Frau Reker antwortet, dass im Rahmen des „Runden Tisches für Flüchtlingsfragen“ Einigkeit darüber bestand, dieses Projekt in Trägerschaft der Caritas zu realisieren.

Frau Eggeling fragt, ob es sich bei diesem Projekt um ein Modellprojekt handele, welches dann auf die Flüchtlingsarbeit an anderen Standorten der Stadt Köln umgesetzt werden solle.

Herr Ferber antwortet, dass man zuerst die Erfahrungsberichte dieses Projektes abwarten und auswerten wolle.

Frau Eggeling fragt nach den Standorten, an denen dieses Projekt modellhaft umgesetzt werden solle.

Herr Ferber antwortet, dass er die Standorte im Nicht Öffentlichen Teil der Sitzung bekannt geben werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Köln befürwortet das der Vorlage anliegende Projekt „Flüchtlinge im Stadtteil“ der Caritas und beauftragt die Verwaltung, den Caritasverband mit der Umsetzung des Projektes zum 01.10.2014 – vorerst befristet auf 2 Jahre – zu beauftragen.

Hierfür erforderliche konsumtive Aufwendungen im Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 17.250 € werden im Rahmen der laufenden Bewirtschaftung 2014 gedeckt. Die weiteren Finanzbedarfe ab 2015 wurden in der HPL-Anmeldung 2015ff. im Teilplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

13.4 Benennung einer Vertreterin/eines Vertreters und deren Stellvertretung für den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "aKdN- sozial" des KDN- Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister 2189/2014

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Als Vertreter der Stadt Köln werden folgende Bedienstete der Stadt Köln für den **Betriebsausschuss** der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung **aKDn-sozial** benannt:

Herr Dieter Kruse, Amt für Informationsverarbeitung

und als seinen Stellvertreter: **Herr Winfried Nußbaum**, Amt für Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**13.5 Verstetigung der Erfolge des Integrierten Handlungsprogramms
MÜLHEIM 2020
2242/2014**

Frau Gärtner bittet darum, einen Teil („die zur Umsetzung erforderlichen Mittel im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2015 inklusive Finanzplanung bis 2018 in den jeweiligen Teilplänen der zuständigen Dezernate/Ämter zusätzlich veranschlagt werden“) des Beschlusses ohne Votum in den Finanzausschuss zu schieben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob dies möglich sei.

Herr Oster antwortet, dass sich der Beschlussvorschlag nicht teilen lasse. Es würde keinen Sinn machen eine Maßnahme nach 2014 einfach abbrechen zu lassen.

Frau Woller fragt, ob es im Rahmen der Projekte „Mülheimer JobCoach“ und „Aktivierung von Familienpotentialen eine Vorgabe gebe, Frauen mit Migrationshintergrund weiter zu fördern.

Herr Wagner antwortet, dass das Jobcenter 50% der Finanzierung als Mitteln des Eingliederungstitels (EGT) übernehmen wird. Eine „Freie Förderung“ des Projektes aus dem EGT ist aber nur dann möglich, , wenn ein neuer Ansatz oder ein neuer Projektschwerpunkt definiert ist... Ob Frauen mit Migrationshintergrund innerhalb des Projektes eine besonderer Zielgruppe seien, werde in der nächsten Sitzung beantwortet.

Herr Oster antwortet, dass die beiden ursprünglichen Projekte zwar zusammengeführt werden, inhaltlich aber unverändert die Ziele verfolgen, die vorher auch als Einzelprojekte im Fokus standen.

Herr Dr. Schulz befürwortet, dass der Sozialausschuss dieser Vorlage zustimmen solle, da alle Projekte seit langem bekannt seien.

Frau Hoyer wendet ein, dass bei einer Entscheidung für dieses Projekt, ein anderes Projekt nicht realisiert werden könne, da das vorhandene Geld nur einmal ausgegeben werden könne. Sie plädiert dafür die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu schieben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold sagt für die SPD Fraktion, dass man der vorliegenden Beschlussvorlage zustimmen könne.

Herr Detjen würde der vorliegenden Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen. Er fragt warum das Projekt „Willkommen in Köln“ nicht fortgesetzt werde.

Herr Oster antwortet, dass es sich um ein Teilprojekt handele, und dass es sich tatsächlich um einen anderen Förderzeitraum handele.

Frau Heuser teilt mit, dass sie dieser Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen würde.

Frau Gärtner erinnert daran, dass eine Fraktion Beratungsbedarf angemeldet habe und bittet darum diesem auch stattzugeben. Sie befürworte das Projekt, aber die Gesamtfinanzierung sei für sie noch unsicher. Sie sei daher dafür die Beschlussvorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu schieben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, dass der Ausschuss Soziales und Senioren die Beschlussvorlage ausdrücklich begrüßt, sie aber wegen Beratungsbedarf und der kurzfristigen Verteilung ohne Votum in die Beratungsfolge gebe. Er bittet die nachfolgenden Ausschüsse und den Rat, die Vorlage wohlwollend zu prüfen und zu beschließen.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren begrüßt die Beschlussvorlage ausdrücklich, gibt sie aber wegen Beratungsbedarf aufgrund der kurzfristigen Verteilung ohne Votum in die Beratungsfolge. Er bittet die nachfolgenden Ausschüsse und den Rat, die Vorlage wohlwollend zu prüfen und zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

13.6 Überplanmäßige investive Auszahlung in Teilfinanzplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII 2135/2014

Frau Eggeling fragt, warum die Sanierungen in der Pallenbergstr. 24 und der Geisbergstr. 47-53 verschoben wurde.

Frau Reker antwortet, dass eine Antwort schriftlich erfolge.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorlage:

Der Rat beschließt zur Beschaffung von Büromöbeln und DV-Hardware eine überplanmäßige investive Auszahlung im Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 200.000 € im Teilfinanzplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII, bei Finanzstelle 0000-0501-0-0001, Beschaffung beweglichen Anlagevermögens.

Zur Deckung beschließt der Rat Minderauszahlungen in Höhe von jeweils 100.000 € im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 5620-1004-0-5115 - Sanierung Pallenbergstr. 24 und bei Finanzstelle 5620-1004-3-5123 - Sanierung Geisbergstr. 47-53.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

15.1 „Flüchtlingsunterbringung in Köln - Frau Beigeordnete Reker informiert über den aktuellen Sachstand“

Frau Reker informiert über den aktuellen Sachstand der Flüchtlingsunterbringung in Köln. Das Referat ist dem Protokoll beigelegt. Sie dankt allen Kölner Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen und Institutionen für ihr Engagement, das erheblich dazu beiträgt, die Situation für die Flüchtlinge in Köln zu verbessern.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt Frau Reker für den informativen Vortrag. Ebenfalls dankt er den Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und allen Menschen, die sich an der umfangreichen Aufgabe zur Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Köln beteiligen.

Herr Detjen schließt sich dem Dank des Vorsitzenden Herrn Paetzold an. Er erinnert daran, dass die Stadt Köln bereits im Jahr 2004 4.000 Flüchtlinge unterbringen musste. Deshalb könne die Situation für Köln nicht völlig ungewöhnlich sein. Er regt an, dass die Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen eingehalten werden sollen. Falls dies in Einzelfällen nicht erreicht werden könne, müsse die Stadt Köln Mindeststandards entwickeln und einhalten. Er befürwortet eine dezentrale Lösung für die Unterbringung von Flüchtlingen in Köln. Ein weiterer Grundsatz sollte sein, dass Familien mit Kindern nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Die Baucontainer zur Unterbringung von Flüchtlingen findet er nicht optimal, besser seien die Wohn-Container in Systembauweise. Er fragt nach der Möglichkeit, die Lieferzeiten für diese Wohn-Container in Systembauweise zu verkürzen. Er schlägt vor, die Stadt könne für Flüchtlingsfamilien dezentral Wohnungen kaufen oder bauen. Dies sei auf lange Sicht günstiger als die Unterbringung in Hotels.

Herr Dr. Schulz bedauert, dass die aufgestellten Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen momentan nicht immer eingehalten werden können. Trotzdem solle man sich weiter an diesen Leitlinien orientieren. Er regt an, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Situation für die Flüchtlinge und auch für die Stadt Köln zu verbessern. Er befürwortet, dass qualifizierte Träger bei der Umsetzung der Projekte „Flüchtlinge in Stadtteilen“ beauftragt werden um mögliche Konflikte in der Nachbarschaft aufzulösen.

Frau Heuser stellt fest, dass Köln an den aufgestellten Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen festhalten solle. Den Zukauf von Eigentumswohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen hält sie in den Stadtteilen, in denen überhaupt ein nennenswertes Angebot an Wohnungsimmobilien zur Verfügung steht (z.B. Meschenich) für schwierig, da gerade dort das Konfliktpotential sehr hoch sei. Sie fragt, ob die Wohn-Container in Systembauweise europaweit ausgeschrieben würden.

Frau Reker antwortet, dass im Jahr 2004 ähnlich hohe Flüchtlingszahlen in Köln zu verzeichnen waren wie heute. Jedoch standen zu dieser Zeit der Verwaltung ca. 60 Wohnhäuser für die Unterbringung der Flüchtlinge zur Verfügung, während es heute nur noch 34 Wohnhäuser seien. Da in den Jahren vor 2010 die Flüchtlingszahlen zurückgingen, war es sicherlich sinnvoll, marode Häuser und Wohnheime abzureißen.

Seit dem Jahr 2010 wurden wieder neue Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge erschlossen. Dieser Prozess dauere noch an. Der Vorsatz, die Flüchtlinge in Köln dezentral unterzubringen, werde weiter verfolgt. Sie hält grundsätzlich an den vom Rat beschlossenen Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen fest. Es sei jedoch ein Unterschied, Vorschläge einzubringen und zu fordern genügend Wohnraum für die Flüchtlinge bereit zu stellen oder die Verantwortung dafür zu tragen Obdachlosigkeit zu vermeiden und alle Flüchtlinge würdevoll unterzubringen. Bei der angespannten Wohnungslage sei dies in Köln extrem schwierig.

Frau Schmerbach unterstützt die gute Arbeit der Verwaltung. Auch sie stellt fest, dass die Leitlinien eingehalten werden sollen. Sie unterstütze die Arbeit der Verwaltung, dass die Integration von Flüchtlingen in den Stadtbezirken weiter intensiviert werden müsse.

Frau Hoyer lobt ebenfalls die Arbeit der Verwaltung. Für sie sei es ebenfalls wichtig, sich an den Leitlinien zu orientieren. Aber die aktuelle Situation müsse realistisch beurteilt werden. Leider könne man, trotz aller Anstrengung, die Leitlinien momentan nicht zu 100% einhalten. Sie fragt nach der Kommunikationsstrategie der Verwaltung in den neuen Standorten für Flüchtlinge. Ihre Sorge gelte auch den Kindern der Flüchtlingsfamilien, dass diese nicht so integriert würden, wie es wünschenswert sei. Sie wirbt dafür, dass die Stadt Köln Unterstützung von Bund und Land einfordern solle, um die Unterbringung finanzieren zu können, da die Kosten für Unterbringung und Integrationsaufgaben immer weiter steigen.

Frau Gärtner lobt ebenfalls die Verwaltung für ihre Arbeit. Sie würde sich einen perspektivischen Stufenplan (Zeit-Maßnahmenplan) wünschen, um alle betroffenen Personen besser auf zukünftige Schritte vorbereiten zu können. Die Bevölkerung solle stärker in die zukünftige Planungen mit eingebunden werden. Zusätzlich unterstütze sie mehr hauptamtliche und professionelle Kräfte, um die Integration weiter zu unterstützen.

Herr Krücker dankt für das Lob an die Wohlfahrtsverbände. Er kritisiert, dass nur 50% der Flüchtlinge gemäß den Leitlinien untergebracht seien. Damit seien 50% der Flüchtlinge nicht nach den selbsternannten Leitlinien untergebracht. Durch die Leitlinien habe er einen Wandel in der Kölner Gesellschaft wahrgenommen, wie die Gesellschaft zu Flüchtlingen stehe. Dies sei nicht immer so gewesen. Er spricht sich dafür aus, die Standards, die den Leitlinien zugrunde liegen, nicht abzusenken.

Herr Wiener begrüßt, dass die freiwilligen Luxus Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen auf ein Mindestmaß reduziert werden sollen. Diese Maßnahme halte er für längst überfällig. Die Kosten zur Unterbringung von Flüchtlingen sollten weiter reduziert werden. Vor allem in dem mehr Sammelunterkünften für Flüchtlinge angeboten werden. Er empfinde, dass er mit seinen Ansichten der Zeit voraus sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet Herrn Wiener darum den Wortbeiträgen der Dezernentin aufmerksamer zuzuhören. Er stellt fest, dass alle demokratischen Parteien sich dafür ausgesprochen hätten, die Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen, welche vom Rat beschlossen wurden, einzuhalten. Diese Leitlinien seien kein Luxus sondern Menschenrecht. Er bedaure sehr, dass viele Menschen nicht so untergebracht werden können, wie es die Leitlinien vorsehen. Trotzdem werden alle Anstrengungen unternommen, diese Leitlinien einzuhalten.

Frau Reker stellt fest, dass die Grundlage ihrer Arbeit sei, die Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen für alle Menschen einhalten zu können. Es sei wichtig Ressourcen (Grundstücke, Häuser) zu finden, um die Unterbringung und Betreuung so umzusetzen, wie es der Rat beschlossen habe. Die Verwaltung ist bestrebt, die Öffentlichkeit so früh wie möglich zu informieren.

Herr Wiener fragt, wie es komme, dass sich die Menschen in Blumenberg in keiner Weise vorab informiert fühlen.

Frau Reker antwortet, dass diese subjektive Einschätzung durchaus bestehen könnte. Die Verwaltung habe bedauerlicherweise manchmal nur sehr kurze Zeitspannen, um die Menschen vor Ort zu informieren.

Herr Ferber informiert, dass die Container in Systembauweise nicht auf Vorrat gekauft werden können. Es handele sich bei diesen Containern um passgenaue Gebäude für ein spezielles Grundstück. Die WSK habe keinen großen Wohnbestand, um hier eine Nutzung in Anspruch nehmen zu können. Mit der GAG befinde man sich in engem Austausch um nach Möglichkeit weitere leerstehende Wohnungen nutzen zu können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold wünscht der Verwaltung für die weitere Arbeit viel Erfolg.

15.2 Neues Hotel zur Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtbezirk 1 - Innenstadt 2390/2014

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

15.3 Neues Hotel zur Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtbezirk Kalk 2516/2014

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.